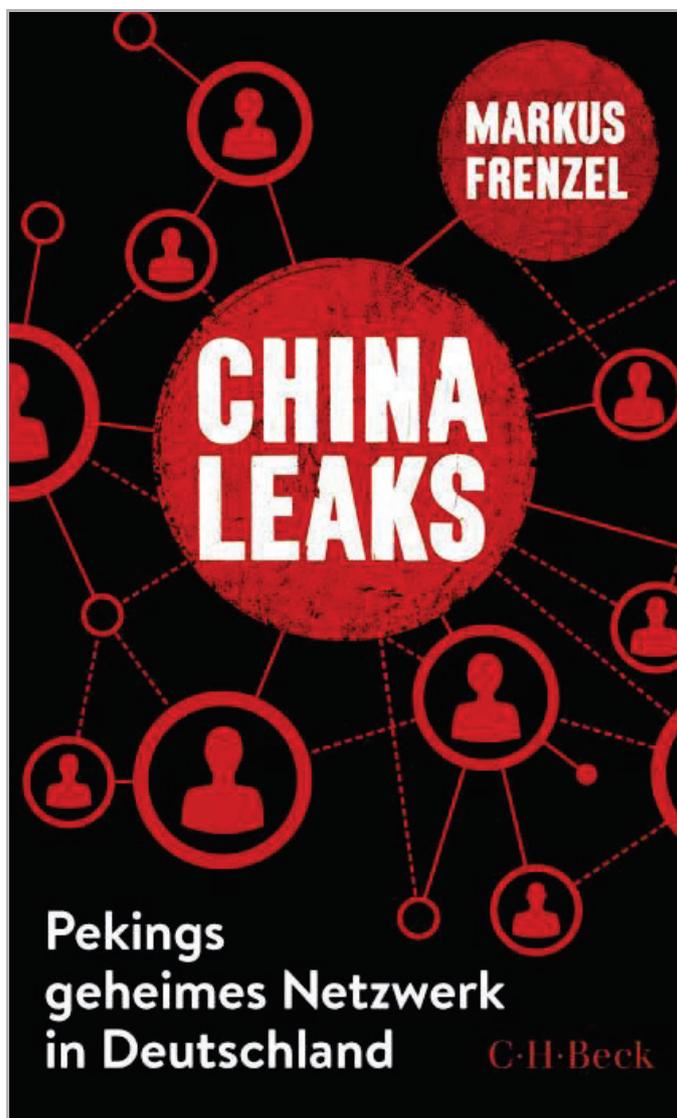


**Unverkäufliche Leseprobe**



**Markus Frenzel**

**China Leaks**

Pekings geheimes Netzwerk in Deutschland

2024. 379 S.

ISBN 978-3-406-82308-4

Weitere Informationen finden Sie hier:

<https://www.chbeck.de/37000395>

© Verlag C.H.Beck oHG, München  
Diese Leseprobe ist urheberrechtlich geschützt.  
Sie können gerne darauf verlinken.

**C·H·Beck**

**PAPERBACK**



**Markus Frenzel**

# **ChinaLeaks**

Pekings geheimes Netzwerk  
in Deutschland

C.H.Beck

Originalausgabe

© Verlag C.H.Beck oHG, München 2024

Alle urheberrechtlichen Nutzungsrechte bleiben vorbehalten.

Der Verlag behält sich auch das Recht vor, Vervielfältigungen dieses Werks zum Zwecke des Text and Data Mining vorzunehmen.

[www.chbeck.de](http://www.chbeck.de)

Umschlaggestaltung: [geviert.com](http://geviert.com), Nastassja Abel

Umschlagabbildung: © shutterstock / Vladimir Ovchinnkov

Satz: C.H.Beck.Media.Solutions, Nördlingen

Druck und Bindung: CPI – Ebner & Spiegel, Ulm

Printed in Germany

ISBN 978 3 406 82308 4



verantwortungsbewusst produziert

[www.chbeck.de/nachhaltig](http://www.chbeck.de/nachhaltig)

# Inhalt

PROLOG	
«Sie werden Ihres Lebens nicht mehr froh!»	7
TEIL EINS	
Der Angriff .....	23
TEIL ZWEI	
Die geleakte Liste .....	89
TEIL DREI	
Schmutzige Hände .....	173
TEIL VIER	
Kotau für Kohle .....	257
EPILOG	
«... es kann jederzeit eskalieren!» .....	335
Danksagung .....	343
Anmerkungen .....	347



## PROLOG

### «Sie werden Ihres Lebens nicht mehr froh!»

Auf einmal stand der Mann mitten in ihrem Büro. Sie hatte ihn nicht eintreten sehen und eigentlich auch niemanden mehr erwartet. Eigenartigerweise hatte auch der Empfang den Besucher nicht gemeldet. Der Mann zückte seinen Dienstausweis. Verfassungsschutz? Die ältere Frau starrte den Fremden an und begann zu zittern. Was konnte der Inlandsgeheimdienst nur von ihr wollen? Sie lebte schon lange in dem Ort in Süddeutschland, verrichtete pflichtbewusst ihre Arbeit im örtlichen Stadtmuseum, führte ein braves bürgerliches Leben. Nichts Aufregendes, deutscher Alltag. Auch hatte sie weder Kontakte zu extremistischen Zirkeln noch zu den Vertretern fragwürdiger Diktaturen am anderen Ende der Welt. «Es geht um Ihren Sohn», sagte der Mann sofort, «aber Sie brauchen keine Angst haben.» Dann überlegte er kurz: «Zumindest noch nicht.»<sup>1</sup>

Über die Mutter hoffte der Spitzel unauffälliger in Kontakt mit dem Sohn treten zu können – eine richtige Annahme. Bald darauf kam es zu einem Treffen in einer europäischen Hauptstadt. Ein Agent des Dienstes, Abteilung Gegenspionage, verabredete sich mit dem jungen Mann in einem Café. Um ihn zu schützen, nennen wir ihn Lutz Heppner. «Sie haben nichts Illegales getan», versicherte der Geheimdienstmitarbeiter gleich zu Beginn des Treffens, «aber ich würde mich gerne mit Ihnen unterhalten.» Dann kam der Mitarbeiter des Verfassungsschutzes sofort zur Sache. «Die Chinesen interessieren sich für Sie.» Für Heppner kam diese Erkenntnis nicht überraschend, das hatte er selbst schon festgestellt. Und ungewöhnlich schien ihm das auch nicht, immerhin hatte er Sinologie stu-

diert. Während der Zeit an der Uni, insgesamt vier Jahre, lebte er mehr in Peking als in der deutschen Stadt, in der er eingeschrieben war. Und jetzt promovierte er mit einer Dissertation zu dem Land der Mitte, arbeitete für eine kleine Organisation zu China, organisierte Fachkonferenzen, schrieb Forschungspapiere und kam regelmäßig mit anderen Experten zusammen. Da wäre es bedenklicher gewesen, wenn sich die Chinesen nicht für ihn interessiert hätten. Erst kürzlich hatte ihn auf einem Abendempfang bei einem Glas Sekt ein Vertreter der chinesischen Nachrichtenagentur *Xinhua* angesprochen. Der Mann war überrascht, wie gut Heppner Chinesisch sprach. Er befragte ihn zu seinem Promotionsthema, zeigte sich beeindruckt von dem profunden Wissen, das Heppner über China besaß. Irgendwann schlug er dem Deutschen vor, dass er für *Xinhua* einmal einen Text schreiben könnte. Ungefähr drei Seiten. Dafür würden sie zwischen 700 und 1000 Euro zahlen. Für den Promotionsstudenten schien das Angebot nicht übertrieben hoch. Er wolle es sich überlegen, antwortete er. Gerade hatte Heppner seine Dissertation abgegeben, wartete noch auf das Ergebnis. Der Job, den er machte, war sicher nur eine Notlösung. Mal sehen, was da noch so kommen sollte. Das Treffen war erst einige Tage her.

«Im vergangenen Monat haben wir 35 Anwerbeversuche von chinesischen Diensten bei Ihnen festgestellt», sagte der Mitarbeiter des Verfassungsschutzes in dem Café. Es erwischte Lutz Heppner wie ein Schlag in die Magengrube.

### Phase 1 – Köder

35 Versuche? In einem Monat? «Das ging schon weit über das hinaus, was ich erwartet hatte», erinnert sich Heppner heute an das Treffen mit dem Geheimagenten. Zum ersten Mal überhaupt erzählt er seine Geschichte für dieses Buch in der Öffentlichkeit. Dass der Vertreter von *Xinhua* eventuell ein chinesischer Spion sein könnte, hatte er selbst schon vermutet. Immerhin untersteht die Nachrichtenagentur direkt der Propagandaabteilung und diese wieder-

rum dem Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) und hat mit unabhängigem Journalismus in etwa so viel zu tun wie der Werbeprospekt einer Möbelhauskette. Deswegen hatte er sich auch nicht zurückgemeldet. Aber wer waren die anderen? Der Mann vom Verfassungsschutz zog eine Liste heraus und legte sie dem Sinologen vor. Akribisch waren darauf Namen, Orte und Zeitpunkte vermerkt. Konzentriert sah der Wissenschaftler die Liste vor sich auf dem Tisch durch. Alles stimmte, Heppner war verblüfft. Aufgelistet waren auch mehrere Personen, die über Internet-Plattformen Kontakt mit ihm aufnehmen wollten. Ein Anwerbeversuch zum Beispiel einige Wochen zuvor über das Karrierenetzwerk LinkedIn. Heppner erinnerte sich vage, dass er die Anfrage gesehen, aber nicht reagiert hatte. Der Mann war also ein chinesischer Geheimagent. Erst viel später verstand der Wissenschaftler, welch großen Aufwand Peking betreibt, um neue Zuträger in der ganzen Welt zu rekrutieren. So sammelt das Regime planmäßig alles, was es über Zielpersonen in die Hände bekommen kann, egal ob auf legalem oder illegalem Wege. Wissenschaftliche Veröffentlichungen, persönliche Homepages oder Angaben in Karrierenetzen wie LinkedIn oder Xing werden akribisch ausgewertet. Das private Umfeld wird ausgekundschaftet, Familie, Freunde, Partner. Profihacker saugen im Auftrag der Partei aber auch vertrauliche Personaldatenbanken, Arztkarteien oder E-Mail-Konten ab. Wenn es eine Person wert erscheint, dann betreiben die chinesischen Dienste einen immensen Aufwand. Sie erstellen umfangreiche Psychogramme des jeweils Betroffenen, skizzieren darin die Karriereschritte, persönliche und berufliche Interessen.

«Investigation und Nachforschungen sind zentraler Bestandteil der Verknüpfungsarbeit», schreiben Mark Stokes und Russel Hsiao.<sup>2</sup> Schon vor mehr als zehn Jahren haben der einstige Offizier der US-Luftwaffe und der amerikanische Politikwissenschaftler die Taktik der chinesischen Führung seziert, westliche Gesellschaften zu unterwandern, nur hat ihnen da noch kaum jemand zugehört. Speziell haben sie die Arbeitsweise der Abteilung für politische Arbeit der Zentralen Militärkommission untersucht, die wie die gesamten chi-

nesischen Streitkräfte der Kommunistischen Partei untersteht. So würden im Ausland «psychologische Beurteilungen der führenden Figuren der Elite» erstellt, in denen das «kulturelle Niveau, die persönliche Motivation, Wertvorstellungen, politische Orientierung und Parteizugehörigkeit, der soziale Status» der Zielpersonen akribisch aufgelistet werden. Stokes und Hsiao haben intime Kenntnisse über den Machtapparat in Peking, waren teils eingesetzt in Geheimoperationen der US-Dienste. Bei ihren Forschungen stützten sich die beiden zudem auf Studien der regimenahen National Defense University in Peking. «Investigation und Nachforschung», schreiben die Insider weiter, «sind die Grundlage, um die operationelle Effizienz einer politischen Kriegsführungskampagne feststellen zu können.» Denn was kaum jemandem bewusst ist: Die Volksrepublik China sieht sich schon länger in einem Krieg mit der westlichen Welt. Vorerst einem informellen Krieg. In diesem Krieg geht es darum, die Deutungshoheit zu gewinnen und die politische Erzählung der anderen Seite zu diskreditieren. Weil sie verstanden haben, wie wichtig diese Auseinandersetzung auch für ihr eigenes Überleben ist, wenden die Machthaber in Peking dafür erhebliche Mittel auf. «Die KPCh verfolgt ein ambitioniertes, gut geplantes Programm zur weltweiten Einflussnahme und Einmischung», schreiben die China-Experten Clive Hamilton und Mareike Ohlberg, «und kann gewaltige wirtschaftliche und technologische Ressourcen einsetzen, um ihre Vorhaben zu verwirklichen.»<sup>3</sup> Am Anfang steht eine Aufteilung der Menschen in Freund- und Feind-Kategorien. Zwischen beiden gibt es noch eine «Grauzone» mit Personen, die noch nicht auf der Seite des Regimes stehen, aber möglicherweise überzeugt werden können. Interessant sind für die chinesischen Dienste nur die «Freunde» und in eingeschränkterem Maße die Personen in der «Grauzone». Wenn jemand als möglicher Zuträger ausgemacht wurde, dann beginnen die Bemühungen.

Auch bei dem Sinologen Heppner ist davon auszugehen, dass die chinesische Seite seine Person bereits vor dem ersten Kontakt komplett durchgescannt hatte. Wahrscheinlich hatten sie ihn im Graubereich eingeordnet. Rückblickend sagt er heute, dass er die

Dimension der chinesischen Unterwanderung unterschätzt habe. Vor allem habe er nicht begriffen, wie ernst es dem kommunistischen Regime ist, Zugänge in die höchsten Etagen der westlichen Gesellschaften zu bekommen, um dann von dort Politik und Wirtschaft zu unterwandern und zu beeinflussen. «Der Kontakt mit *Xinhua* war typisch für die Chinesen», sagt Lutz Heppner. «Die suchen sich Leute aus, die später einmal einflussreich sein könnten.» Bei ihm lagen die Agenten aus Fernost ziemlich richtig. Heute gehört der Deutsche zu den einflussreichsten China-Experten in der westlichen Welt. Er hat Zugang zu mächtigen Politikern, geht in Ministerien ein und aus. Sein Wort hat Gewicht, wenn es um die Bewertung und die Reaktion auf chinesische Politik geht. Dass der junge Student es einmal so weit bringen könnte, hatten die Chinesen vor Jahren bereits vorausgeahnt. Wenn er heute an das mysteriöse Treffen mit dem Agenten von *Xinhua* zurückdenkt, dann weiß Heppner, dass der Anwerbeversuch, die Schmeicheleien und das Geldangebot bei dem Empfang noch harmlos waren im Vergleich zu dem, was die chinesischen Dienste noch in ihrem Werkzeugkasten haben. «Das war nur Phase 1», weiß er aus eigener Erfahrung.

## Phase 2 – Drohung

Nach dem Treffen mit dem Verfassungsschutz fühlte sich der Sinologe bei der Arbeit und in der Stadt, in der er erst kurze Zeit wohnte, ständig beobachtet und vermutete überall chinesische Spione. Entsprechend hatte er seinen Job bei der Organisation gekündigt und war in ein anderes Land gezogen, tiefste europäische Provinz, wieder viele Hundert Kilometer von seiner süddeutschen Heimat entfernt. Es war im Herbst 2019, gerade kochte in Hongkong der Protest der Studenten hoch. Fast jeder dritte Bewohner ging auf die Straße, insgesamt ca. zwei Millionen Menschen. Allein an einem Tag reihten sich 200 000 Demonstranten in einer Menschenkette durch die südchinesische Metropole. Es waren beeindruckende Bilder, die allabendlich in den Fernsehnachrichten lie-

fen. Und bittere Bilder zugleich. Bei den Protesten handelte es sich um ein letztes großes Aufbegehren gegen die Gleichschaltungspolitik der Kommunisten in Hongkong, die immer offener zeigten, dass sie von dem Prinzip «Ein Land, zwei Systeme» nicht viel hielten und auch nicht bereit waren, ihre Zusagen auf eine demokratische Zukunft der Stadt einzuhalten. Und die Bereitschaft zum Kompromiss wurde immer geringer, je lauter der Widerstand wurde. Die Demonstrationen in Hongkong gehörten zu den größten Widerstandsbewegungen im Machtbereich der Kommunistischen Partei in den vergangenen Jahren, entsprechend brutal reagierte das Regime.

Lutz Heppner hatte sich eigentlich auf die Ruhe gefreut, die er sich vom Umzug und vom Jobwechsel erwartete. Doch die Massenproteste in Hongkong machten ihm einen Strich durch die Rechnung. In dem neuen Land gab es nicht viele China-Experten, entsprechend schnell kamen die Journalisten auf ihn zu, und der Wissenschaftler wurde zu einem Dauergast in den Fernsehnachrichten und Zeitungen. Auslöser für die Proteste war ein geplantes Gesetz gewesen, das es erlauben sollte, Häftlinge an die Volksrepublik China auszuliefern. Die Demokratiebewegung befürchtete einen gezielten Vorstoß, um gegen Kritiker vorgehen zu können. Lutz Heppner konnte die Ängste der Protestierenden nachvollziehen, was er in seinen Interviews auch immer wieder äußerte. Das Thema ließ ihn nicht mehr los. Schließlich plante der Sinologe, auch wissenschaftlich tiefer in das soziologisch-politische Phänomen einzutauchen, dazu zu forschen und eine Online-Konferenz zu organisieren, zu der Joshua Wong, das Gesicht der Massenproteste in Hongkong, zugeschaltet werden sollte. Von der Veranstaltung, die einige Wochen später stattfinden sollte, bekam die chinesische Botschaft Wind und reagierte prompt. Der Erste Sekretär der Auslandsvertretung meldete sich auf einmal bei Heppner. «Er war sehr unfreundlich», erinnert sich der China-Experte, «auch wenn es zuerst keine direkten Drohungen gab.» Allerdings war der Ton von Beginn an erschreckend, der chinesische Gesandte schrie den deutschen Wissenschaftler am Telefon minutenlang an. Was ihm ein-

falle, einen Separatisten einzuladen. Joshua Wong verletze die Souveränität Chinas. Und das stelle ein schweres Verbrechen dar. Wenn er Wong ein Podium biete, dann verletzte auch er, Heppner, die Souveränität Chinas. Von der Wucht der Vorwürfe war der Wissenschaftler überrascht, aber sie zeigte ihm, wie das Regime auch international eine immer härtere Gangart einschlug. Und hinter allem, war sich Heppner sicher, musste der Botschafter stecken. «Das war so ein Wolfskrieger-Diplomat», sagt der Sinologe heute.

Als «Wolfskrieger» werden in China Personen bezeichnet, die sich ultranationalistisch geben und absolut loyal zum kommunistischen Regime stehen. Der Begriff geht auf eine chinesische Fernsehserie zurück, in der sich ein Superheld à la Rambo durch die Reihen seiner Feinde ballert und am Ende im Alleingang für die Volksrepublik den Sieg erringt. In der Realität schießen die «Wolfskrieger» jedoch nicht mit Kugeln, sondern mit Worten. Prototyp eines solchen Kämpfers neuen Stils ist Zhao Lijian. Der Diplomat war bis vor Kurzem noch Sprecher des chinesischen Außenministeriums. Seinen steilen Aufstieg im Apparat hat er seiner scharfen Zunge zu verdanken. Noch als junger Mitarbeiter in der Botschaft in Pakistan legte er den Grundstein für seine eigene PR-Maschine im Dienst des Regimes, indem er regelmäßig alles und jeden über Twitter und andere chinesische Chat-Dienste kommentierte und im Sinne der KPCh einordnete. Seine Tweets waren so erfolgreich, dass er sich eine riesige Fangemeinde aufbaute und eine beachtliche Karriere im diplomatischen Dienst hinlegte. Schon der Weggang aus der Botschaft in Islamabad war der *South China Morning Post* einen Artikel wert, was bemerkenswert ist, immerhin war Zhao nur die Nummer zwei. Für seinen «Krieg der Worte» sei der Mann bestens bekannt, schrieb die Journalistin.<sup>4</sup> Große Popularität erlangte Zhao in China, als er sich sogar mit der nationalen Sicherheitsberaterin der USA anlegte. «Wer in Washington, D. C. ist, der weiß genau, dass die Weißen nie in die südwestliche Ecke der Stadt gehen», hatte er völlig undiplomatisch geschrieben, «weil das nur eine Gegend für Schwarze und Latinos ist.» Susan Rice hatte Zhao daraufhin eine «rassistische Schande» genannt und «schockierend unwis-

send». Der Chinese gab die Beschimpfung umgehend zurück. Als B-Apparatschik profitierte er jedoch massiv von der überraschenden Aufmerksamkeit, machte die Methode fortan zu seinem Markenzeichen und stieg kurz danach zum Sprecher des Außenministeriums in Peking auf, von wo seine Karriere weiter steil nach oben führte. Inzwischen hat Zhao 1,9 Millionen Follower bei X und gilt als Vorbild für eine ganze Generation junger Diplomaten, die ihm nacheifern. Sie hetzen gegen ihre Gastländer, egal ob in Singapur, dem Iran oder Kasachstan, und verbreiten eine aggressive, schöngefärbte Propagandaerzählung der Volksrepublik China. Mit einem solchen «Wolfskrieger» hatte es nun auch Lutz Heppner zu tun bekommen.

Zum zweiten Mal war der Sinologe ins Visier des chinesischen Machtapparats geraten. Ihm war klar, dass er sich nun entscheiden musste, wie er sich in Zukunft gegenüber dem chinesischen Regime verhalten wollte. Von seinen zukünftigen Veröffentlichungen zu China würden der Kommunistischen Partei mit hoher Wahrscheinlichkeit nur wenige gefallen. Und für einen Sinologen wären die Konsequenzen eines Staatsboykotts dramatisch – höchstwahrscheinlich kein Visum mehr, auch zukünftige wissenschaftliche Kooperationen ausgeschlossen, gegebenenfalls sogar Diffamierung in der Fachwelt. «Für mich stellte sich die Frage, ob ich Selbstzensur betreibe oder ob ich über sensible Themen überhaupt nicht schreibe», erinnert er sich, «aber das war für mich keine Option.» Er sagte dem Anrufer aus der Botschaft, dass er bei seinem Plan bleiben und Joshua Wong zu der Online-Konferenz zuschalten werde. «Wenn Sie das machen, dann wird es Vergeltung geben», drohte ihm da auf einmal der Diplomat, «dann werden Sie Ihres Lebens nicht mehr froh werden!»

### Phase 3 – Eskalation

Anfangs bemerkte Lutz Heppner nicht, wie sich von einem Tag auf den anderen sein Leben veränderte. Denn der Angriff der chinesischen Seite verlief erst einmal verdeckt, ohne dass es der Wissenschaftler bemerken konnte. Im Geheimen hatten die chinesischen Geheimdienste falsche Twitter-Profile unter seinem Namen angelegt. Alles schien echt, die Kurzbiografie, das Foto, auch die Inhalte. Es gab immer wieder hintergründige Texte zu China, nichts Kritisches, aber trotzdem interessante Einblicke. Doch jeder zwanzigste Tweet war auf einmal pornografisch. Der renommierte China-Experte Lutz Heppner postete derbe Fotos, Links zu Erotikseiten und Sexvideos. Zumindest musste es so auf die Öffentlichkeit wirken. «Erst nach einer Weile bekam ich das mit, als Kollegen mich auf meine eigenartigen Posts ansprachen», so Heppner. «Mein Ruf sollte ruiniert werden.»

Einige Zeit später verschoben sich die Angriffe ins Private. Auf einmal schickte sein Handy per SMS auch pornografische Bilder an die Lebensgefährtin und die Mutter von Lutz Heppner. Ständig folgten von seiner Mobilfunknummer neue verstörende Sex-Nachrichten an die Familie und an Bekannte. «Das hatte nur ein Ziel», sagt Heppner, «sie wollten mir zeigen, dass sie in meinem Adressbuch sind.» Auf einmal hatte der junge Mann begriffen, wie gefährlich seine Gegner tatsächlich waren. Die Attacke gefährdete nun nicht mehr nur seine berufliche Zukunft, auch sein privates Umfeld konnte durch die Aktionen erheblichen Schaden nehmen. Vor allem konnte sich der Sinologe in nichts mehr sicher sein. Stammte eine Nachricht an ihn tatsächlich von der vermuteten Person? Hörten sie seine Gespräche mit? Konnte er fremden Gesprächspartnern noch trauen? Wem konnte er überhaupt noch trauen? Was würde morgen über ihn im Internet stehen? Heppner schlief schlecht, vertraute mit Ausnahme seiner Familie niemandem mehr, witterte überall nur noch Nachstellungen, spürte, wie er durchzudrehen begann. Da erinnerte er sich an den Mann aus dem Café einige Jahre

zuvor, den Agenten der deutschen Gegenspionage, und er kontaktierte nun seinerseits den Verfassungsschutz. Wieder kam ihn ein Mitarbeiter besuchen. Sie verständigten auch den Geheimdienst des neuen Gastlandes, in dem er gerade lebte. Nachdem sie sein Mobiltelefon untersucht hatten, bestätigten ihm beide Seiten, dass es sich um einen staatlichen Angriff handeln musste. Zu professionell war die Attacke durchgeführt. Beenden konnten aber auch die beiden westlichen Dienste den Spuk nicht. Was sich niemand mehr vorstellen konnte, trat ein. Es wurde noch schlimmer. Auf einmal verschickte Heppners Handy wahllos private Bilder, Urlaubsaufnahmen, Erinnerungen von Familientreffen. Ein Kollege schrieb dem Forscher irritiert zurück: «Ich glaube, das war für jemand anderen bestimmt.» Lutz Heppner war jetzt mit den Nerven ziemlich am Ende. «Man hat permanent ein ungutes Gefühl», erinnert er sich an die schlimme Zeit, «weil Sie nicht wissen, was kommt noch?»

Und es kam noch etwas. Ein letztes Mal eskalierten die Chinesen. Diesmal wurde es völlig skurril. Jetzt griffen sie direkt in Gespräche ein. Wenn Heppner mit jemandem über sein Telefon sprach, wurde die erste Antwort des Gegenübers aufgezeichnet und anschließend in Dauerschleife abgespielt. Die echten Antworten des Gesprächspartners liefen ins Leere. Auf alle Fragen bekam Heppner also immer die gleiche Antwort, während am anderen Ende das tatsächlich Gesagte ankam. Irgendwann legte jeder Anrufer frustriert auf, ein normales Telefonat war mit Lutz Heppner nicht mehr möglich. Der Sinologe sollte gezielt in den Nervenzusammenbruch getrieben werden. Und verschärfend kam hinzu, dass es kaum Möglichkeiten gab, die Situation zu ändern. «Es war in der Coronazeit, ich war auf das Telefon angewiesen, und auch wenn ich mir eine neue Nummer zugelegt hätte, die hätte ich nur über das alte Telefon weitergeben können, und alles hätte wieder von vorne begonnen», erinnert sich Heppner.

Nach Monaten des Psychoterrors sahen alle Beteiligten nur noch eine Möglichkeit, das Ganze zu beenden. Sogar die Geheimdienste der beiden betroffenen europäischen Länder, die Mitarbeiter in der Abteilung Gegenspionage, wussten keinen anderen Ausweg: Über

das Auswärtige Amt wurde der Fall offiziell in die deutsch-chinesischen Beziehungen eingespielt, und der damalige deutsche Außenminister Heiko Maas (SPD) sprach den Vorfall bei seinem chinesischen Gegenüber Wang Yi an.<sup>5</sup> Wie von Zauberhand hörte die Schikane danach von einem auf den anderen Tag auf.

### Häutung eines Systems

Die schlimmen Erfahrungen, die Lutz Heppner mit dem chinesischen Regime machen musste, stellen nur einen von vielen Fällen chinesischer Einflussnahme in Deutschland dar. Politiker im Bundestag werden diffamiert, andere gekauft, Unternehmer müssen nach den chinesischen Regeln tanzen oder sie erfahren harte Konsequenzen mit teils desaströsen wirtschaftlichen Auswirkungen für sich und ihre Betriebe, Kritiker werden in Deutschland auf offener Straße eingeschüchtert und bedroht, Demonstranten müssen Angst haben, ausspioniert und sanktioniert zu werden. Es geht so weit, dass sogar ihre Familien auf der anderen Seite der Erdkugel in Furcht leben müssen, wenn in Berlin, Frankfurt oder Hamburg ihre Töchter, Neffen oder Cousins auf die Straße gehen. Für das Regime in Peking gilt die Sippenhaft: Wer sich in Deutschland nicht so verhält, wie es die kommunistischen Machthaber wünschen, dessen Familie drohen in China Schikane und Gefängnis.

Die kommunistische Volksrepublik war nie demokratisch. Schon in den 1950er und 1960er Jahren kam es unter Mao Zedong zu schlimmsten Verbrechen im Reich der Mitte. Während in Deutschland manche noch heute nostalgisch an die kleinen roten Büchlein zurückdenken, die «Mao-Bibeln», die unter linksalternativen Studenten und den 68ern populär waren, erinnern sich chinesische Familien an geschundene, erschossene und verhungerte Vorfahren. Dutzende Millionen zählen die Toten, welche auf das Konto des ersten Vorsitzenden der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) gehen. Allein der «Große Sprung nach vorn» soll bis zu 45 Millionen Menschenleben gefordert haben, während der dunklen Jahre

der «Großen Proletarischen Kulturrevolution» könnten noch einmal bis zu 20 Millionen Tote dazugekommen sein. Anders als etwa bei Josef Stalin wird bis heute auch im Westen das Bild des «Großen Vorsitzenden» Mao gerne verklärt, der eher mit putzigen Sprüchen wie «Der Revolutionär muss sich im Volk bewegen wie im Wasser» in Verbindung gebracht wird als mit den schrecklichen Menschheitsverbrechen.

Hinzu kommt, dass die Nachfolger Maos ab Ende der 1970er Jahre tatsächlich einen Kurs der politischen und wirtschaftlichen Öffnung eingeschlagen haben. So verfolgte der «Überlegene Führer» Deng Xiaoping konsequent einen Weg der Reformen, der 1989 durch das Massaker auf dem Platz des Himmlischen Friedens (Tian'anmen) jedoch rüde unterbrochen wurde. Seine politischen Nachfolger, KPCh-Generalsekretär und Staatschef Jiang Zemin und Ministerpräsident Zhu Rongji, nahmen den Faden wieder auf und öffneten die Volksrepublik weiter. Um die Jahrtausendwende kam es schließlich zu einer erheblichen Anzahl an Privatisierungen von einst volkseigenen Betrieben. Weniger als die Hälfte aller Unternehmen war danach noch in staatlicher Hand. Unter dem Eindruck der weitgehenden wirtschaftlichen Öffnung, der boomenden Börse und des sprudelnden internationalen Handels mit dem Reich der Mitte geriet schnell in Vergessenheit, dass China weiterhin ein kommunistischer Ein-Parteien-Staat blieb, der kaum politische Freiheiten zuließ und Gegner wegspernte.

Mit dem Amtsantritt von Xi Jinping im November 2012 zuerst als Generalsekretär der KPCh und vier Monate später, im März 2013, auch noch als Staatspräsident der Volksrepublik China schwang das Pendel ganz klar wieder in die andere Richtung. Erneut zogen die Kommunisten die Zügel fester an – nur dass sie diesmal ihren Machtanspruch nicht auf chinesisches Territorium begrenzt sahen. Schon länger verfolgt Staats- und Parteichef Xi einen aggressiven Expansionskurs, wie bereits Taiwan und die Anrainerstaaten im Südchinesischen Meer schmerzlich erfahren mussten. Zunehmend geraten aber auch westliche Staaten ins Visier des Pekinger Regimes. In Australien und Kanada verfolgt die KPCh schon seit Jah-

ren äußerst erfolgreich eine Politik der Unterwanderung. Bis in höchste Regierungskreise hatten die Kommunisten in beiden Ländern ihren Einfluss ausgebaut, sogar Spitzel und Einflussagenten in Regierungen installiert – deswegen mussten letztlich Spitzenpolitiker zurücktreten, Parlamentssausschüsse versuchten das Ausmaß der feindlichen Attacke zu ermitteln.

Nun stehen vor allem die Vereinigten Staaten und die Europäische Union im Fokus – und hier ganz vorne das reichste und einflussreichste Land der EU, Deutschland. Seit gut fünf Jahren wird die Gangart schärfer. Ständig eskaliert die chinesische Seite weiter, sogar mit dem Risiko, ernsthafte diplomatische Verstimmungen zu provozieren. Kritische Verbalnoten des Auswärtigen Amtes werden ignoriert. Immer eindringlicher warnende Berichte des Verfassungsschutzes lassen die Chinesen völlig kalt. Das Regime in Peking agiert in Deutschland inzwischen völlig skrupellos. Selbst bis vor Kurzem noch unvorstellbare Operationen wie verdeckte Polizeiaktionen, direkte Einflussnahme in Bundestagsausschüssen oder die Diffamierung von deutschen Spitzenpolitikern in Berlin sind heute an der Tagesordnung. Die Schergen der KPCh machen keinen großen Unterschied mehr zwischen chinesischen und deutschen Gegnern, wovon der Sinologe Lutz Heppner berichten kann. Wer die Volksrepublik und ihre Spielregeln ablehnt, wird als Feind gesehen und muss nach der Logik des Regimes bekämpft werden. Längst ist eine großangelegte Unterwanderung Deutschlands und seiner Bevölkerung im Gang, die eine ganze Gesellschaft in absehbarer Zeit in den Würgegriff nehmen kann. Dem Großteil der Bevölkerung ist die gefährliche Entwicklung noch nicht bewusst, auch wenn immer öfter verstörende Details ans Licht kommen. So errichtet das Regime weltweit in fremden Ländern eigene Polizeistationen. Dass dies verboten ist, stört die Mächtigen in Peking wenig. Auch in Deutschland gibt es solche Einrichtungen, und es finden auch hier verbotenerweise Operationen der chinesischen Sicherheitsbehörden statt (wie weiterführende Recherchen in diesem Buch zeigen), mit denen die Chinesen hierzulande Angst und Schrecken verbreiten.

Vor allem aber hat das Pekinger Regime ein geheimes Netz von Unterstützern und Kontaktpersonen in der ganzen Welt aufgebaut, das im Verborgenen die Unterwanderungsstrategie der KPCh vorantreibt. Das ergibt sich aus einem Daten-Leak, das Journalisten und China-Insidern zugespielt wurde und die Grundlage für dieses Buch darstellt. Auch in Deutschland frisst sich diese Struktur durch sämtliche Bereiche der Gesellschaft, durch Politik, Wirtschaft, Wissenschaft oder Kultur. Bei den Personen handelt es sich zumeist um gebürtige Chinesen, manche haben inzwischen den deutschen Pass. Sie agieren verdeckt und in gut abgeschirmten Zirkeln. Kaum einem ist auch nur im Ansatz bekannt, welche Ziele die Einflussagenten in Nürnberg, Berlin, Mannheim oder Hamburg tatsächlich verfolgen. Entsprechend ungeniert agieren sie. Mehr als ein Jahr hat eine Gruppe von europäischen Journalisten dieses Netzwerk recherchiert. Zehn Länder sind daran beteiligt, einundzwanzig Reporter haben geheime Akten gewälzt und Informanten getroffen. Intern haben wir das Projekt unter dem Namen «DragonCoop» geführt, weil «China Leaks» zu offensichtlich gewesen wäre. Exklusiv für Deutschland hat *RTL* dem internationalen Investigativteam angehört, die Ergebnisse der langwierigen und aufwändigen Recherchen stehen in diesem Buch. Durch unsere Arbeit werden einflussreiche Manager demaskiert, Mitarbeiter der Verwaltung großer Städte, Kulturschaffende, Topjuristen, aber auch ganz normale Leute wie Restaurantbetreiber oder Funktionäre im örtlichen Karnevalsverein.

Zum ersten Mal wird hiermit ein klandestines Netz von Kontaktpersonen in Deutschland enttarnt, das bislang weitgehend unter dem Radar läuft. Die Mitglieder gehören allesamt zum Vorfeld der Abteilung für Einheitsfrontarbeit der KPCh, einer strategischen Einheit der Partei, die für die kommunistische Unterwanderung und das Ziel der ideologischen Gleichschaltung auf der ganzen Welt arbeitet. Bei den Personen handelt es sich nicht um Spione oder Agenten im klassischen Sinne, die für eine fremde Macht spitzeln und denunzieren. Im Englischen gibt es den Begriff «agent of influence». Solche «Einflussagenten» nutzen – so eine Definition –

ihre gesellschaftliche Position und Bedeutung, um bestimmte Narrative oder Botschaften im Sinne einer ausländischen Regierung zu verbreiten. Gleichzeitig versuchen sie bestimmte Gruppen, in unserem Fall die chinesische Diaspora, auf Linie des Pekinger Regimes zu bringen. Gezielt sollen Landsleute an die Staatspartei gebunden und für deren Ziele mobilisiert werden. Das Konspirative dabei ist, dass zumeist kaum jemand von den verdeckten Verbindungen der «Einflussagenten» zu den kommunistischen Machthabern in der Volksrepublik weiß. Sogar der Verfassungsschutz gibt teils offen zu, dass er darüber so gut wie keine Informationen besitzt. Umso wichtiger ist es, dass die Öffentlichkeit von den verdeckten Strukturen erfährt. Denn einige der Mitglieder haben Zugang in höchste politische und wirtschaftliche Kreise in Deutschland, wie sich auf den folgenden Seiten zeigen wird. Als im Juni 2023 der chinesische Ministerpräsident Li Qiang zu einem Staatsbesuch nach Berlin reiste, wurde er so empfangen, wie es das Regime in Peking nicht besser hinbekommen hätte. Kritiker wurden weitab auf eine Wiese verbannt, vor dem Kanzleramt zog ein Jubelheer mit Fähnchen der Volksrepublik China auf, und bei der Pressekonferenz im Kanzleramt durften die anwesenden Journalisten nur den Ausführungen des chinesischen Ministerpräsidenten Li und des deutschen Bundeskanzlers Olaf Scholz zuhören, Fragen waren nicht erlaubt. Als Tage später noch herauskam, dass Vertreter des Regimes die unbequemen Demonstranten ausspioniert und ihre Verwandten in China bedrängt hatten, verschanzte sich die Bundesregierung hinter einigen wenigen harmlosen Protestnoten. Dem großangelegten Angriff auf unsere Demokratie, auf unsere Art zu leben und unsere Werte steht die Politik in Deutschland, wie es scheint, hilflos gegenüber. Dabei ist die Dringlichkeit des Handelns den deutschen Sicherheitsbehörden längst bewusst. «Russland ist der Sturm, China ist der Klimawandel», sagte kürzlich Verfassungsschutzchef Thomas Haldenwang. Die knackige Umschreibung hat er sich von seinem britischen Amtskollegen vom MI5 abgeguckt. Mit dem Machtantritt von Xi Jinping haben die Volksrepublik China und die regierende Kommunistische Partei Chinas (KPCh) endgültig ihre Tarn-

umhänge fallen gelassen und zeigen nun ihr wahres Gesicht. Das autoritäre China hat uns den Krieg erklärt.

Eigentlich müssten die deutsche Politik, ihre Sicherheitsbehörden und Geheimdienste also längst alle Hebel in Bewegung setzen, um die Gefahr aus dem Reich der Mitte abzuwehren. Doch das Gegenteil ist der Fall: Naivität, Profitgier, Kurzsichtigkeit und Trägheit führen dazu, dass Politiker, Parteien und Ministerien die Bedrohung durch chinesische Agenten und Organisationen in Deutschland nicht nur unterschätzen, sondern teils sogar zu willfährigen Helfershelfern werden. Wie Marionetten lassen sich manche deutschen Politiker und auch offizielle Stellen aus Peking führen – ohne die Gefahr für unsere Demokratie und den Rechtsstaat zu sehen. Ähnlich blauäugig verhielten sich bis vor wenigen Jahren auch die Verantwortlichen in Australien. Erst nachdem kritische Journalisten und Wissenschaftler die Unterwanderung der demokratischen Gesellschaft recherchiert und angeprangert hatten, reagierte die Politik. Es kam zu Prozessen und Verurteilungen. Zu den wichtigsten Akteuren bei der Enttarnung der chinesischen Netzwerke gehörte Clive Hamilton, der als Professor an der Charles Sturt University lehrt und auch die australische Regierung berät. In einem Buch deckte er persönliche Verbindungen auf, zeichnete Abhängigkeitsnetze nach und skizzierte die enorme Wirkkraft chinesischen Geldes in Sydney, Darwin oder Canberra. «Wer herausfinden will, wie Peking die australische Gesellschaft und Politik beeinflusst, der muss die Aktivitäten einzelner Individuen analysieren und Namen nennen», sagte Hamilton, «und genau das habe ich getan.» Und genau das will auch dieses Buch tun. Diesmal für Deutschland. Zwei Anmerkungen: Zur besseren Lesbarkeit ist das Buch passagenweise im Präsens geschrieben, auch wenn das Geschehen in der Vergangenheit liegt. Zum heutigen Zeitpunkt können sich bestimmte, im Buch beschriebene Umstände, etwa Ämter oder Haltungen von Personen, verändert haben. Redaktionsschluss für dieses Buch war der 13. September 2024. Alle danach beim Autor eingegangenen Informationen und Erkenntnisse können erst in einer möglichen Folgeauflage berücksichtigt werden.

## TEIL EINS

### Der Angriff

Dort, wo sie herkommt, ist die Welt noch in Ordnung. Plattes Land, saftig grüne Wiesen, im nahen Hafen von Husum liegen die Kutter bei Ebbe auf dem Schlick, bei Flut schaukeln sie an der Kaimauer. Ihre Kindheit verbrachte Gyde Jensen in einem Dorf in Schleswig-Holstein. Die große gefährliche Welt schien da weit weg. «Ich bin in einem absolut sicherheitsverwöhnten Umfeld aufgewachsen», sagt die Bundestagsabgeordnete, «wo alle ihre Häuser offen lassen, weil sowieso niemand einbricht.»<sup>1</sup> Am 16. Mai 2018 bekam diese heile Welt einen Riss. In das bislang so beschauliche Leben der jungen Politikerin brach mit einem Schlag die brutale Weltpolitik ein. In einem Brandbrief an den Bundestagspräsidenten sowie sämtliche Fraktionsvorsitzenden beschwerte sich der chinesische Botschafter über Jensen, die vor wenigen Monaten erst ins deutsche Parlament eingezogen war. «Auf diesem Weg wollen wir unsere große Unzufriedenheit zum Ausdruck bringen», schrieb Shi Mingde, der sich mit den ersten Schritten der Abgeordneten im Parlament überhaupt nicht zufrieden zeigte.<sup>2</sup> Weil es für die FDP-Frau als Newcomerin nicht so einfach war, direkt in ihr Lieblingsgebiet, die Außenpolitik, einzusteigen, hatte sie sich für den Menschenrechtsausschuss entschieden. Prompt wurde sie dort zur Vorsitzenden gewählt und arrangierte sogleich ein Treffen mit dem Chef der tibetischen Exilregierung, Lobsang Sangay. Für die Chinesen kam das einem Affront gleich, weshalb sie nun offiziell ihren Unmut zeigten. Der Adressat des Schreibens, der damalige Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble, sollte «seinen persönlichen Einfluss geltend machen», so die Aufforderung der Chinesen, damit die

Zusammenarbeit in Zukunft wieder «reibungslos und erfolgreich» verlaufe. Eine unverhohlene Drohung in Richtung der Abgeordneten aus dem Dorf in Schleswig-Holstein. In einem persönlichen Brief an Jensen legte der Botschafter nach. «Mit großem Bedauern und tiefer Unzufriedenheit habe ich zur Kenntnis genommen, dass Sie sich ungeachtet unserer Mahnungen mit dem Chef der sogenannten ‚Tibetischen Exilregierung‘ (...) getroffen haben», schrieb Shi. «Als Bundestagsabgeordnete und junge Politikerin der FDP wären Sie gut beraten, statt Gegenwind für mehr Rückenwind für eine gesunde Weiterentwicklung unserer bilateralen Beziehungen zu sorgen.»

Der gewünschte Rückenwind für die Sache Chinas blieb jedoch aus. Weiterhin bohrte die Abgeordnete Jensen unangenehm nach, thematisierte das Unrecht in China, sprach mit Dissidenten und Opfern des Regimes. Ihr Missfallen zeigten die Chinesen nun, wo es nur ging. Als es ein klärendes Gespräch zwischen Jensen, dem Botschafter und dem Bundestagspräsidenten geben sollte, ließen die Männer die junge Frau wie ein Schulmädchen vor der Türe warten, bevor sie hereingerufen wurde. Das Signal, auf welches die Chinesen hinarbeiten wollten, war klar. «Die richtigen Staatsmänner, die wissen, wie es läuft», beschreibt Jensen den Eindruck, den sie bei dem Termin bekommen sollte, «die junge Kollegin nicht. Das wollte man mir vermitteln.» Nach dem kurzen, technischen Gespräch gab es zwischen den chinesischen Diplomaten und der deutschen Politikerin keinen direkten Kontakt mehr. Aus ihren Fängen lässt das Regime in Peking die junge Frau aber bis heute nicht mehr. Wo es nur geht, versucht die chinesische Seite Jensen zu schikanieren, zu überwachen und zu bekämpfen. Als die Vorsitzende in einem Schreiben darum bat, den Menschenrechtsausschuss nach China einreisen zu lassen, um dort auch Tibet und die Uiguren-Region Xinjiang zu besuchen, verweigerte die Volksrepublik die Visa. Als Jensen mit einer kleinen FDP-Delegation doch einmal ins Land gelassen wurde, kam sogleich ein Vertreter des Regimes auf sie zu. «Sie werden empfangen, weil Sie Teil der Delegation von Christian Lindner sind», habe die chinesische Seite ihr mitge-

teilt, so die Erinnerung der Abgeordneten an den Besuch in Schanghai und Peking. Es gehört zur Strategie der Machthaber im Reich der Mitte, verbal maximal auf Konfrontation zu gehen. Und wenn es sein muss, vor den Augen der Welt.

Seit einigen Jahren hat sich die Gangart der chinesischen Seite massiv verschärft. Inzwischen schreckt Peking auch vor offenen Rangeleien nicht mehr zurück. Was Gyde Jensen im Kleinen erlebt hat, müssen manchmal ganze Nationen erfahren. So vor nicht allzu langer Zeit Österreich. Im Mai 2012 kam der Dalai-Lama zu einem elftägigen Besuch in die Alpen. Publikumswirksam und für die Fotografen posierte das geistige Oberhaupt der Tibeter Hand in Hand mit dem österreichischen Kanzler und dem Wiener Kardinal vor dem Stephansdom. Bereits im Vorfeld hatten die Machthaber in Peking versucht, Druck aufzubauen. Österreichische Diplomaten wurden in der Volksrepublik ins Außenministerium einbestellt. Managern aus der Alpenrepublik wurde signalisiert, dass der Besuch nicht gut für ihre Geschäfte sein würde. Zu einem gewissen Punkt handelte es sich dabei um eingespielte Rituale. Doch diesmal eskalierte China die Lage. Für gut ein halbes Jahr verweigerte das Regime danach Staatsbürgern des EU-Landes die Einreise. «Keine Tibet-Visa für Österreicher», titelten die Journalisten, «China bestraft Österreich». Dabei war der Besuch des obersten Tibeters nichts Neues. Der Dalai-Lama war bereits viermal zuvor nach Österreich gereist, hatte sich schon ins Goldene Buch der Stadt Wien eingetragen, war ein andermal offiziell im Rathaus empfangen worden. 2007 hatte ihm auch der Bundeskanzler die Hand geschüttelt, ohne dass es größere Verstimmungen gegeben hätte. Die Eskalation zwischen Peking und Wien trug sich im Vorfeld der Machtübernahme Xi Jinpings zu, als im Hintergrund schon die Fäden gezogen wurden und alles für seinen Aufstieg an die Spitze Chinas vorbereitet wurde. Seit der mächtigste Mann der KPCh ganz oben angekommen ist, versucht er sein Land immer mehr zu einer skrupellosen Ein-Mann-Diktatur auszubauen. Unter Xi verschärfen die Kommunisten ihre Politik nicht nur zu Hause, sondern auch im Ausland. «Bestraft» wurden im Mai 2012 neben Österreich auch

Großbritannien, Norwegen und Südkorea, wo ebenfalls hohe Vertreter aus Tibet und chinesische Bürgerrechtler geehrt worden waren. Xi und seine Entourage vergessen auch nicht. Noch ein Jahr nach dem Besuch des Dalai-Lama in Wien sann die chinesische Seite auf Vergeltung – nun drohte Peking, das Panda-Pärchen Yang Yang und Long Hui zurück in die Heimat zu holen, die Hauptattraktion des Tierparks im Schloss Schönbrunn. Nur mit einer enormen Charmeoffensive gelang es den Österreichern, die Vertreter aus Fernost wieder einigermaßen zu besänftigen. In der Austrian Chinese Business Association werben inzwischen ehemalige Kanzler, Landeshauptleute, Bürgermeister und Abgeordnete für reibungslose Beziehungen nach Fernost. Nach dem Besuch des Dalai-Lama wurden chinesische Infrastrukturkonzerne ins Land geholt und bis zum Ausbruch des Ukrainekrieges sogar eine Beteiligung des EU-Landes am Prestigeprojekt der Neuen Seidenstraße erwogen. «Die Einschüchterung von chinesischer Seite hat funktioniert», erinnert sich Tenzyn Zöchbauer, die in Wien aufgewachsen ist und auch durch den Besuch des Dalai-Lama im Frühjahr 2012 politisiert wurde. Heute lenkt sie die Tibet Initiative in Berlin. «Gerade auch das Kuschen der österreichischen Seite hat das Selbstbewusstsein der Chinesen noch einmal gestärkt», so die Menschenrechtsaktivistin, «und sie haben verstanden, dass sie so weit gehen können.»<sup>3</sup> Die Volksrepublik China hatte gewonnen, Österreich war auf Linie gebracht. Mit Gyde Jensen lief es nicht so rund. Entsprechend beließen es die Chinesen nicht bei Demütigungen und Einschüchterungen. Im September 2020 lud die Abgeordnete Menschenrechtsaktivisten und Vertreter aus Taiwan zu einer Videokonferenz ein. Sie sprachen auch über das Spannungsverhältnis zwischen der Volksrepublik China und den Vereinten Nationen. Thematisieren wollten die Teilnehmer eine UN-Resolution aus dem Jahr 1971, die von Juristen immer wieder in die eine oder andere Richtung interpretiert wird, je nachdem, welchem Lager die Experten nahestehen, der Volksrepublik China oder der Republik China (Taiwan). Jensen und die Menschenrechtsaktivisten wollten verstehen, inwiefern der kurze Text vielleicht wirklich als Grund-

lage für eine Zwei-China-Politik gelesen werden kann. Gemeinsam suchen und analysieren wollten die Experten den Text gleich – es handelte sich um die UN-Resolution 2758 –, aber davor brauchten sie dringend eine Kaffeepause. Die Bundestagsabgeordnete klappte ihren Laptop zu und verließ mit den anderen den Raum. Als sie einige Zeit später zurückkam und das Gerät wieder öffnete, tauchte vor ihr auf dem Bildschirm die UN-Resolution 2758 auf. «Ich bin mir zu 150 Prozent sicher, dass ich die zuvor nicht aufgerufen hatte», erinnert sich Jensen heute, «und ich hatte auch keine Siri-Spracherkennung oder irgendetwas anderes an. Ich war permanent offline.» Heute scheint für die deutsche Abgeordnete klar, dass hinter dem Zugriff auf ihren Rechner chinesische Dienste stecken mussten. Die Botschaft: Wir wissen genau, worüber du gerade sprichst, und wir können überall die Kontrolle über dich erlangen. «Man denkt die ganze Zeit, dass man sich das alles einbildet», sagt Jensen. Aber fünf Jahre nachdem die Weltpolitik in das beschauliche Leben der jungen Politikerin aus Schleswig-Holstein gepoltet kam, kennt sie die geostrategischen Hintergründe und weiß, wie ernst es das Regime in Peking mit seinem Ziel meint, zur Weltmacht Nummer eins aufzusteigen. Vor allem aber weiß sie, wie weit der dafür notwendige Angriff der chinesischen Seite auf unsere westlichen Demokratien bereits vorangeschritten ist. Gerade auch in Deutschland. «Vielleicht traf damals grenzenlose Naivität auf erschreckend autoritäre Zustände», sagt Jensen. «Später habe ich dann aber wahrgenommen, wie entschlossen die chinesische Seite tatsächlich ist.» Mit dieser Erkenntnis ist die junge Frau aus Schleswig-Holstein der großen Mehrheit in der deutschen Bevölkerung einen Schritt voraus. Bislang ahnen die wenigsten, wie gezielt und skrupellos das chinesische Regime große Teile der Gesellschaft in Deutschland unterwandert.

## Die Höhle des Drachen

Nur wenige Gehminuten vom Alexanderplatz entfernt liegen in Berlin, direkt an der Spree, zwei burgartige Komplexe. Mit seinen hohen Backsteinmauern, den Erkern, Zinnen und dem von einem spitzen Kupferdach gekrönten Turm wirkt das Märkische Museum, das 1908 im neogotischen Stil errichtet wurde, wie ein mittelalterlicher Wehrbau. Einige Meter weiter ragt eine Festung aus unserer Zeit in den Himmel, die Botschaft der Volksrepublik China. In den letzten Jahren der DDR als «Haus der Gewerkschaften» gebaut, dann nach der Wende kurzzeitig als Kongresszentrum genutzt, erwarben die Chinesen schließlich das Gebäude, ließen es völlig umbauen und führten darin die Botschaften aus beiden deutschen Staaten zusammen. Bedrohlich verschlossen, thront der Komplex hinter Bäumen, nur wenige Meter vom Flussufer entfernt. Das komplette Gebäude ist in einen Mantel aus silbernen, metallenen Platten gehüllt, aus dem Dach ragt eine riesige Antenne. In den beiden Seitenflügeln reihen sich die verspiegelten Fenster wie Schießscharten aneinander, aus der Mitte wächst ein fensterloser Bau wie ein Bergfried in die Höhe. Hinter dem Hochsicherheitszaun, direkt neben der roten chinesischen Fahne mit den fünf gelben Sternen, hütet ein steinerner Wächterlöwe den Eingang. Wer an ihm vorbeiwill, wird durch unzählige Kameras beobachtet.

Die Botschaft der Volksrepublik ist die Kommandozentrale der chinesischen Einflussnahme in Deutschland. Hier laufen die Fäden für die verschiedenen Operationen zusammen. Aus dem siebenstöckigen Gebäude lenkt die Volksrepublik China ihre Truppen in Deutschland. Schon die offiziellen Zahlen sind beeindruckend. In acht Abteilungen plus Verwaltung arbeitet hier eine Heerschar von chinesischen Diplomaten und Entsandten. Offiziell nennt die Auslandsvertretung keine Zahlen. Wie viele Chinesen hier genau arbeiten, kommt in Berlin einem Staatsgeheimnis gleich. Mehrere gut informierte Quellen bestätigen übereinstimmend, dass offiziell 130 Personen bei der Bundesregierung akkreditiert seien. Aber ver-

traulich wird in westlichen Sicherheitskreisen die Zahl von 500 Mitarbeitern genannt, die aus der Festung an der Spree heraus agieren würden. Jeder Zehnte soll sich nur mit Fragen rund um Taiwan beschäftigen, also Unterstützernetzwerke ausfindig machen, wirtschaftliche Verflechtungen analysieren oder Vertreter des Inselstaates in Deutschland bespitzeln. Für derart sensible Aufgaben kann Peking auf einen höchst loyalen Apparat vertrauen. Experten der Europäischen Union gehen davon aus, dass so gut wie alle Mitarbeiter – wie in den allermeisten Botschaften der Volksrepublik auch – Mitglieder der KPCh sind oder zumindest einen Beitrittsantrag gestellt haben. Welche herausragende Rolle diese Personen für das kommunistische Regime spielen, zeigt sich an Botschafter Wu Ken. Nach einer steilen Karriere im diplomatischen Dienst war er kurz nach der Jahrtausendwende für mehrere Jahre Generaldirektor der Kaderabteilung des Außenministeriums in Peking. Dort verantwortete er die Auswahl der jungen Diplomaten, die zukünftig für das kommunistische Regime in die Welt geschickt werden. Einige Jahre später trat er sogar direkt als Politiker für die KPCh in Erscheinung. Von 2013 bis 2016 war er stellvertretender Generalsekretär der Volksregierung der Provinz Guangdong, was einem hohen Kabinettsposten in einer deutschen Landesregierung entsprechen würde. Fast seine ganze Karriere hat Botschafter Wu im deutschsprachigen Raum verbracht – in Österreich, der Schweiz, nur mit einem Abstecher in die Niederlande. Seit 2019 ist der Diplomat zurück in Europa und dient seinem Land nun als Botschafter in Berlin. Damit ist er einer der einflussreichsten Strippenzieher hinter der offenen und unsichtbaren Einflussnahme Chinas in Deutschland.

Mit dem ihm in der Botschaft unterstehenden Diplomaten und anderen Mitarbeitern gebietet Botschafter Wu über einen Apparat, der vom Personal her fast so groß ist wie das Bundeskanzleramt. Während in deutschen Auslandsvertretungen normalerweise maximal eine Handvoll Personen für die verschiedenen Aufgaben wie Bildung, Sicherheit oder Kultur verantwortlich sind, haben die Chinesen riesige Stäbe in ihrem Hochsicherheitsbau an der Spree

aufgebaut. So gibt es eine Politische Abteilung, eine Militärabteilung, eine Bildungsabteilung, eine Wirtschafts- und Handelsabteilung. Das kann jeder auf der Homepage der Botschaft nachlesen. Ganz transparent, wie es auf den ersten Blick scheint. Doch die wichtigsten Einheiten werden offiziell nicht genannt, die Trupps für heimliche Einflussnahme, für Spionage und Erpressung. Teils wird dafür auch Personal aus den offiziellen Abteilungen verdeckt eingesetzt.

Das Botschaftspersonal ist nicht nur in diplomatischer Mission unterwegs. Mitarbeiter aus der Vertretung übernehmen auch nachrichtendienstliche Funktionen. Und es kommt vor, dass ihr Vorgehen äußerst rustikal gerät und eher an Mafiamethoden erinnert als an feine diplomatische Gepflogenheiten. Am 20. Juni 2023 hat sich das auf dramatische Weise auf der ganz großen Bühne gezeigt. An dem Tag kam der chinesische Ministerpräsident Li Qiang zu Besuch nach Berlin und traf Bundeskanzler Olaf Scholz. Es war für beide Seiten ein wichtiges Signal: Die ganze Welt sollte sehen, dass Deutschland und China trotz der Spannungen, welche die Beziehungen der Volksrepublik zu anderen westlichen Staaten aktuell stark belasten, einander weiterhin freundschaftlich verbunden sind. Entsprechend harmonisch sollte das Treffen ablaufen. Kritischer Gegenprotest wurde daher schon im Vorfeld auf eine abgelegene Wiese verbannt, direkt vor dem Kanzleramt durfte hingegen eine Jubeltruppe des Pekinger Regimes aufmarschieren, die Fähnchen schwingend ihren Ministerpräsidenten begrüßte. Allerdings reichte die deutsche Hilfe für positive PR den Chinesen offenbar nicht aus. Trotz allem wollten sie auch wissen, wer die widerborstigen Landsleute waren, die das harmonische Bild zu trüben suchten. Mit einigem Aufwand wollten sie daher herausfinden, wer genau sich an dem Gegenprotest gegen die eigene Regierungsdelegation beteiligte. Und für diese heikle Aufgabe stand ein Sondertrupp aus der Botschaft bereit, der die Kritiker ausspähen sollte.

Hu Jiangqiao gehörte zu der kleinen Gruppe von Gegendemonstranten, die sich getraut hatten, ihren Protest herauszuschreien und Transparente gegen den mächtigen Besucher hochzuhalten.

Der junge Mann stammt aus der Provinz Sichuan im Nordosten Chinas. Seit einem knappen Jahr lebte er als Austauschstudent in Deutschland. Bis zu seinem Besuch in Berlin hatte er sich nur wenig für Politik interessiert, wie er betont. Dass er zu den Protestierenden gehörte, sei eher Zufall gewesen. Ein Freund hatte ihn gefragt, ob er mit zu der Demonstration in die deutsche Hauptstadt fahren wolle. «Ich dachte, das könnte spaßig werden», erinnert sich Hu. «Wir wollten den chinesischen Ministerpräsidenten und das Regime ein bisschen ärgern.»<sup>4</sup> Hu studiert Physik, er ist ein zutiefst rationaler Mensch. Aber im Juni 2023 hatte er einmal nicht jeden Schritt vorausgeplant. «Ich hatte nicht an die Konsequenzen gedacht», sagt er rückblickend. Denn für die Machthaber in Peking ist Protest gegen die eigene Politik, vor allem wenn ein wichtiger Repräsentant vor den Augen der Welt kritisiert wird, ein schlimmes Vergehen. Das musste auch Hu Jiangqiao bald schmerzhaft feststellen.

Insgesamt waren sie nicht sehr viel mehr als 20, 30 Personen. Schnell hatte sich die Gruppe untereinander vorgestellt. Einige kannten sich auch schon von früheren Treffen. Sie packten ihre Plakate aus, positionierten sich. Da beobachtete Hu auf einmal etwas Eigenartiges. Mehrere Personen – bewusst erinnert er sich an zwei, deren Gesichter er wahrgenommen hat – näherten sich der Gruppe und schienen sich für sie zu interessieren. «Da war diese Frau, die mich die ganze Zeit beobachtet hat», berichtet Hu einige Monate nach dem Vorfall. «Sie kam auf einmal zu mir, fragte mich, wo ich herkomme und was ich studiere.» Die Frau habe wissen wollen, an welcher Universität der chinesische Student eingeschrieben sei, versuchte mehr über seinen familiären Hintergrund in China herauszufinden. Hu kam die Situation seltsam vor. Er hatte die Person noch nie zuvor gesehen und wurde erst recht stutzig, als sie und ein weiterer Mann, der neben ihr stand, auf einmal Fotos von ihm und den anderen Demonstrierenden machten. Da schaltete er seine Handykamera ein, hielt das Telefon unbemerkt auf Hüfthöhe und ging erneut auf die beiden zu. Neugierig begann nun er, die beiden auszufragen. Es ist ein beeindruckendes Video-Dokument über die

Rolle, die chinesische Diplomaten offenbar ganz selbstverständlich für das Ausspionieren kritischer Landsleute in Deutschland übernehmen. In dem Film sind zwei Personen zu sehen, die Frau und ein Mann, der komplett in Schwarz gekleidet ist. Hu stellt sich vor sie, das Handy hält er in der linken Hand auf Bauchhöhe und lässt es unbemerkt weiterlaufen. «Wer sind Sie eigentlich?», fragt er die beiden auf Mandarin. «Wir sind Touristen», antwortet die Frau. «Und warum fotografieren Sie uns?» «Wir finden das interessant», sagt sie weiter. In dem Video ist für den Bruchteil einer Sekunde das Handydisplay des Mannes zu sehen. Darauf lässt sich erkennen, dass dieser die Fotos offenbar verschickt und Antworten bekommen hat. Als eine weitere Demonstrantin die Szene bemerkt, schreit sie: «Chinesische Spione!» Sofort drehen sich die beiden Beobachter weg und rennen davon.

Dass die Personen nicht aus reiner Neugier bei der Demonstration aufgetaucht waren, begriffen die Teilnehmer wenige Tage später. Familienangehörige in China – neben Hus Familie in Sichuan auch andere Eltern in Peking und der Region Guangxi – bekamen Besuch von Sicherheitskräften. Eine Mutter wurde gefragt, warum sich ihre Tochter kritisch gegenüber dem Regime äußere. Einem Vater wurde ein Foto vorgelegt, das seinen Sohn beim Gegenprotest vor dem Kanzleramt zeigte. Er solle seinen Sohn schnell zurück nach China holen. Sogar Geschwister und Cousins wurden eingeschüchtert. Wenn ihre Angehörigen in Deutschland nicht auf der Stelle mit ihrem Protest aufhörten, bekomme die Familie in China ernste Probleme, sagten die Polizisten. Aber woher wusste das Regime, wer am Protest im 7300 Kilometer entfernten Berlin teilgenommen hatte?

Auf dem Video von Hu Jiangqiao sind die Gesichter der beiden Personen nur sehr kurz und halb verdeckt zu sehen. Allerdings hat auch die Aktivistin und Journalistin Su Yutong, die ebenfalls an dem Protest teilnahm, die beiden fotografiert.<sup>5</sup> Seit sie 2010 nach Deutschland geflohen ist, arbeitete die Frau für westliche Medien, anfangs als Reporterin für die *Deutsche Welle*, inzwischen für das amerikanische *Radio Free Asia*, und engagiert sich als Menschen-

rechtsaktivistin. Deswegen dokumentiert sie auch die meisten regimekritischen Proteste in der deutschen Hauptstadt. Su hat über die Jahre eine feine Sensorik dafür entwickelt, wer tatsächlich protestieren und wer die Gruppen nur ausspionieren möchte. Am 20. Juni 2023 beobachtete Su Yutong drei Personen – und sie fotografierte sie alle. Neben der Frau und dem Mann, den vorgeblichen Touristen, war ihr eine weitere Person am Rande aufgefallen, die ebenfalls nicht zu den Protestierenden gehörte. Auf den Aufnahmen der chinesischen Regimekritikerin sind beide Männer und die Frau gut zu erkennen, die tatsächlich alle wie Touristen gekleidet sind. Die Frau trägt eine bunte Bluse, Adidas-Sneaker, einen Rucksack. Ein Mann – T-Shirt, Hose, Turnschuhe, alles in Schwarz – steht freundlich lächelnd am Rand und telefoniert. Über chinesischesprachige Internetseiten ließ sich später herausfinden, um wen es sich bei den Personen tatsächlich handelte.

Alle drei Personen, so die Recherche der Journalistin Su und ihrer Kollegen von *Radio Free Asia*, können direkt der chinesischen Botschaft in Berlin zugeordnet werden. Bei der Frau soll es sich demnach um Pan Mengqiu handeln, die in der Bildungsabteilung arbeite. Ein Mann soll Huang Wei sein, der sich als Ministerialrat um die Fragen internationaler Studenten kümmere.<sup>6</sup> Auch das Bundesinnenministerium bestätigt auf Nachfrage, «dass die in Rede stehenden Aufnahmen, auch unter Beteiligung von Mitarbeitern der Bildungsabteilung, gefertigt wurden».<sup>7</sup> Konkret lägen den deutschen Sicherheitsbehörden keine Informationen darüber vor, dass die Fotos auch nach Peking weitergeleitet wurden. «Davon ist aber auszugehen angesichts des Bestrebens chinesischer Sicherheitsbehörden, regimekritische Demonstranten zu identifizieren», so die Antwort aus dem Ministerium. Auf konkrete Nachfragen zu den ungewöhnlichen Aktivitäten ihrer Mitarbeiter gibt es aus der chinesischen Botschaft keine Antworten. Global behauptet die Pressestelle, dass sich China stets an das Wiener Übereinkommen über diplomatische Beziehungen halte. «Einzelne antichinesische Kräfte lassen nichts unversucht, um die chinesisch-deutschen Beziehungen zu stören und chinesischen Diplomaten bei der Ausübung der

normalen Arbeit Steine in den Weg zu legen», heißt es weiter. «Wir hoffen, dass die deutschen Medien diese böse Absicht durchschauen können und damit aufhören, solche Fiktionen weiter zu kolportieren.»<sup>8</sup> Auf den fragwürdigen Auftritt der chinesischen Diplomaten in Berlin hat die deutsche Staatsspitze nach eigener Aussage jedoch reagiert. «Die Bundesregierung hat gegenüber der chinesischen Regierung derartige statuswidrige Ausspähaktivitäten missbilligend angesprochen», heißt es weiter in der Antwort des Ministeriums. «Über Einzelheiten können wir öffentlich keine Auskünfte geben.» Ungeschönt beschreiben die Ministerialen aber die Methoden des Pekinger Regimes, die auch in Deutschland zur Anwendung kommen – unter Druck setzen, einschüchtern, ausspähen, diskreditieren, gegeneinander ausspielen.

Dabei ist der Bundesregierung schon länger bewusst, wie dreist und rechtswidrig das chinesische Regime gerade auch mit Hilfe der Auslandsvertretung gegen die chinesische Diaspora in Deutschland vorgeht. Schon 2019 beobachteten die Sicherheitsbehörden massive Übergriffe auf Kritiker in Hamburg, als sich die Proteste für Demokratie in Hongkong zuspitzten. Und auch die neue China-Strategie der Bundesregierung legt das nahe.<sup>9</sup> Auf 64 Seiten hat das Auswärtige Amt im Namen aller Ministerien aufgeschrieben, wie die deutsche Politik China sieht – gerade auch die Bereiche, in denen sie China kritisch einschätzt. Behutsam wird eine Bewertung des immer skrupelloseren Auftretens der Volksrepublik versucht. Von «illegitimer Einflussnahme durch offizielle chinesische Stellen» ist die Rede. Im Klartext heißt das, dass die Botschaft geltendes Recht bricht, indem sie Landsleute in Deutschland verfolgt oder gar bedrohen lässt. Gegenüber solchen Einschüchterungsversuchen wolle die Bundesregierung in Zukunft «wachsam» sein, heißt es in dem Papier weiter. Konkrete Abwehrmaßnahmen oder Konsequenzen werden jedoch nicht benannt. «Wachsam» kann eben viel heißen – auch, dass gar nichts geschieht. In Kapitel 3, Paragraf 3 der China-Strategie beteuert die Bundesregierung noch, dass sie sich für geschützte Räume (safe spaces) für chinesische Regierungskritiker in Deutschland einsetzen wolle und dafür sorgen werde, «dass ihre

Stimmen Geltung finden». Bei den Protesten vor dem Kanzleramt ging das auf jeden Fall gründlich schief. Weder konnten die Stimmen der mutigen Kritiker überhaupt Gehör finden, noch konnten die Demonstranten vor Nachstellungen der chinesischen Botschaft geschützt werden. In den Ohren der Dissidenten müssen die Zeilen in der China-Strategie wie Hohn klingen.

Was Auslandschinesen in ihrem Alltag zwischen Flensburg und Garmisch-Partenkirchen erleben, sind entgegen den offiziellen deutschen Versprechungen jedoch eher «dangerous spaces». Und an allererster Stelle rangiert hier die chinesische Botschaft in ihrer Festung an der Spree. Eine Person, der seit Jahren in der Botschaft in Berlin besonders übel mitgespielt wird, ist eine tibetische Frau, die aus Angst vor den chinesischen Behörden anonym bleiben will. Wer mit ihr spricht, bemerkt sofort, wie sehr sie das despotische Agieren der chinesischen Botschaft in Berlin eingeschüchtert hat. Die Frau ist Mitte vierzig, spricht perfekt Deutsch, ist inzwischen in Deutschland verheiratet und hat die deutsche Staatsbürgerschaft. Ihre Töchter besitzen nur den deutschen Pass. Doch wenn man sie in ihrer Altbauwohnung besucht, wird schnell deutlich, wo ihre Wurzeln liegen. Bunte tibetische Tücher dienen als Sichtschutz zwischen zwei Zimmern, auf dem Tisch stehen Schalen mit Edamame, getrockneten Kiwi und einem süßen frittierten Gebäck. Dabei handelt es sich um Khapse, eine tibetische Spezialität, die zum Neujahrsfest gereicht wird, ähnlich den deutschen Weihnachtsplätzchen.<sup>10</sup>

Die Frau stammt aus dem chinesischen Teil Tibets, also einem von vier Landstrichen, die mehrheitlich von Tibetern bewohnt werden, jedoch in eine chinesische Provinz eingegliedert wurden. Als Kind, so erzählt sie, habe sie nur wenig von der Diskriminierung ihrer Volksgruppe mitbekommen. Allenfalls gab es kleinere Hänseleien in der Schule, weil sie keine Han-Chinesin war. Tibetischen Jungen konnte es schon mal passieren, dass sie wegen ihrer Herkunft in Raufereien mit Klassenkameraden verwickelt wurden. Nicht angenehm, aber auch nicht besonders schlimm, wie sie sagt. Problematisch wurde es erst, als sie nach Deutschland kam und ir-

gendwann entschied, in dem Land für immer bleiben zu wollen. Ein Verwandter, der schon länger in Bonn lebte, hatte ihr dazu geraten. «Ein Onkel sagte mir, du solltest lieber hierbleiben», erinnert sie sich. «Hier hast du wenigstens deine Freiheit.» Nach einigem Überlegen konnte sich die Frau mit der Idee anfreunden. «Ich entschied mich für den deutschen Pass, um Sicherheit zu bekommen», sagt sie heute. «Ich dachte, dann könnte ich wenigstens überall hinreisen, völlig unproblematisch.» Doch damit sollte sie falschliegen. Zu einem bestimmten Land wurde ihr der Zutritt fortan verwehrt – zur Volksrepublik China.

Als Studentin in Deutschland war die Frau ohne Probleme ein- bis zweimal pro Jahr zurück in die Heimat geflogen. China akzeptiert allerdings keine doppelten Staatsbürgerschaften: Wer den deutschen Pass bekommt, gilt für die Behörden in der Volksrepublik ab sofort als Ausländer. Zumindest dann, wenn er nicht ins große Bild passt. Für Tibeter, Uiguren oder andere Minderheiten kann ein ausländischer Pass leicht als Vorwand herangezogen werden, um eine Einreise zu verhindern. Unterstützer des Regimes kommen jederzeit ohne Probleme ins Land, auch wenn sie ihre chinesische Staatsbürgerschaft abgelegt und die deutsche angenommen haben (siehe Teil zwei, Kapitel vier). Auf jeden Fall musste die Frau aus Tibet nun jedes Mal ein Visum beantragen, um wieder in ihre Heimat reisen zu können. Erstmals versuchte sie dies 2016, kurz nach ihrer Einbürgerung. Damals hielt sie sich für einige Zeit in London auf, wo ihr Mann zu dem Zeitpunkt lebte. In der dortigen chinesischen Botschaft wollte sie ihr Visum beantragen, das Vereinigte Königreich gehörte da noch zur Europäischen Union. Prinzipiell macht es keinen Unterschied, in welchem EU-Staat ein Visum für China beantragt wird. Doch die Diplomaten hinter dem Schalter sagten ihr, dass sie nicht so einfach einen Einreiseantrag stellen könne. Sie müsse zuerst eine Person sprechen, deren Nummer ihr auf einem Zettel gereicht wurde. «Als ich den Mann anrief, sagte er mir, dass er mich erst einmal kennenlernen wolle», erinnert sich die Frau. «Wir trafen uns dann in einem Café in der Nähe der Londoner Botschaft.» Bei dem Treffen fragte sie der Mann intensiv

aus. Die Frau ist keine Dissidentin, sie betätigt sich nicht politisch, verhält sich auch sonst zurückhaltend. «Mein Bruder hat mir immer gesagt, dass ich mich nicht politisch irgendwo einmischen soll», berichtet sie. Ihre Familienmitglieder sind in China brave Bürger, von denen mehrere sogar für den Staat arbeiten, als Polizisten, Mitarbeiter in Behörden oder Lehrer, was ihr aber nichts half. Ein zweites Treffen fand im Büro des Mannes in der Botschaft statt, wo sie zumindest ihren Antrag einreichen konnte. Danach wartete sie Wochen, Monate. Irgendwann wurde ihr mitgeteilt, dass ihre Anfrage abgelaufen sei. Zurück in Deutschland, versuchte sie es wieder. Einmal hatte sie Glück, weil der Freund ihres Bruders, der inzwischen Bürgermeister geworden war, sich für sie in China verbürgte. Eigentlich hatte sie einen Antrag für einen dreimonatigen Aufenthalt gestellt, genehmigt wurden ihr schließlich 30 Tage. Zumindest konnte sie so noch einmal Zeit mit ihren Angehörigen verbringen. Damals ahnte die Frau nicht, dass ihr das kommunistische Regime nie mehr erlauben würde, ihre Eltern zu sehen.

2018 wurde die Mutter schwer krank. Der Bruder schickte seiner Schwester die ärztliche Diagnose nach Deutschland, es war klar, dass die alte Frau nicht mehr lange leben würde. «Als meine Mutter im Sterben lag, da wurde es für mich sehr heftig», sagt sie. «Ich wollte unbedingt zurück nach China, sie noch einmal sehen.» Die Tochter mit dem deutschen Pass hatte sich schon ein Flugticket gekauft, hatte alles für ihre eigenen Kinder organisiert. Ihre Schwägerin wollte während ihrer Abwesenheit auf die beiden Mädchen aufpassen in der Zeit, wenn ihr Mann bei der Arbeit sein würde. Aber die Botschaft in Berlin zeigte sich von der härtesten Seite. In dem abgeschirmten Bau gibt es Mitarbeiter, die sich nur um die Tibeter kümmern. Die Ansprechpartnerin der Frau war immer dieselbe Diplomatin, und diese lehnte den Visumsantrag ab. Mitgefühl kennt das Regime nicht, nicht einmal in den schwersten persönlichen Lagen. Die Frau ging leer aus. «Ich war so traurig», berichtet sie heute, und in ihre Augen treten Tränen. «Ich konnte meine Mama nicht mehr sehen, bevor sie starb.» Sie konnte ihre Mutter auch nicht begraben, dafür verweigerten die Funktionäre ebenfalls das Visum.

Genauso lief es einige Jahre später, als ihr Vater starb. In der Festung an der Spree sitzen Ritter des 21. Jahrhunderts, die ihre Schlachten nicht mehr mit Schwert und Lanze führen, sondern hartherzig mit Verwaltungsakten. Um ins Visier der chinesischen Funktionäre zu geraten, müssen die Betroffenen nicht einmal etwas Gesetzeswidriges getan haben, was der Fall der tibetischen Frau zeigt. Ziel ist es, die Menschen zu brechen und gefügig zu machen. «Ich habe immer noch Hoffnung», sagt die Frau weiterhin, «dass ich eines Tages zumindest meine Brüder noch einmal sehen kann.» Dieses unmenschliche Spiel mit Hoffnungen, Ängsten und tiefer Trauer verrät viel über den wahren Charakter des Pekinger Regimes.

Über ähnliche Erlebnisse können Chinesen in Deutschland mannigfach berichten. Die Dependancen der Volksrepublik sind Außenposten eines brutalen Machtapparats, der kein Mitgefühl zulässt. Menschen werden erniedrigt, ausgehört, erpresst, instrumentalisiert – quer durch die Republik. Neben der Botschaft in Berlin gibt es eine Außenstelle in Bonn, dazu Generalkonsulate in Düsseldorf, Frankfurt am Main, Hamburg und München. Bei den Einrichtungen handelt es sich ebenfalls um teils riesige Liegenschaften, die sich oft in bester Lage befinden. In Hamburg residiert die Vertretung in einer mehr als hundert Jahre alten Jugendstil-Villa an der Elbchaussee, die auch hier wie eine verschachtelte Burganlage mit mehreren Gebäudeflügeln und hohen Dächern wirkt. In Düsseldorf ziehen die chinesischen Entsandten die Fäden aus einem fünfstöckigen Zweckbau heraus, nicht weit vom noblen Viertel Oberkassel gelegen. Auch in Frankfurt und München verfügt die Volksrepublik über ansehnliche Immobilien. In Berlin sitzt dazu noch eine Wirtschafts- und Handelsvertretung der Sonderverwaltungsregion Hongkong, die aber ebenso längst im Würgegriff der KPCh ist. Insgesamt dürften dem Pekinger Regime in Deutschland an den verschiedenen Standorten zusammen wohl an die 1000 Personen direkt unterstehen, allesamt Erfüllungsgehilfen eines menschenverachtenden Apparats. Sie stellen für die Volksrepublik ein riesiges, engmaschiges Netz an loyalen Mitarbeitern dar, das auch für Einschüchterung, Überwachung und Ausspionieren in ganz

Deutschland bereitsteht. Doch China verfügt nicht nur über offizielle Mitarbeiter.

---

Mehr Informationen zu diesem und vielen weiteren Büchern aus dem Verlag C.H.Beck finden Sie unter: [www.chbeck.de](http://www.chbeck.de)